

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-201

Die Sozialdemokratie soll mitregieren.

Ueberraschende Bekenntnisse Silverbergs auf dem Industrietag.

A. S. Dresden, 4. September. (Eigener Drahtbericht.)

Heute morgen hielt auf der Tagung der Industriellen in Dresden Staatssekretär von Simson ein Referat über die deutsche Handelspolitik, in dem er grundsätzlich die bisherige Methode der Handelspolitik verteidigte.

Der Vortrag des Generaldirektors Dr. Silverberg über deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit brachte eine Ueberraschung. Dieser früher Freund von Stinnes und entschiedener Gegner der Sozialisierung verteidigt im einzelnen die Haltung des Unternehmertums in der Nachkriegszeit.

formelle Angebot an die Sozialdemokratie.

sich an der Regierung zu beteiligen, und begründete diese Auffassung der Unternehmer im einzelnen, die wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben.

Die Resonanz des Vortrages, besonders in diesem Falle, war bei den Zuhörern und Mitgliedern des Verbandes auffallend gering. Selten regten sich schwache Zustimmungsaussagen während der Rede. Als der Redner geendet hatte, gab es lebhaften Beifall, wobei man jedoch nicht klar sieht, ob dieser Beifall mehr seiner Kritik an der Arbeiterschaft, seiner Verteidigung der Kartelle und überhaupt seiner Rechtfertigung der Unternehmerpolitik galt.

Wie wir hören, betruht die Rede des Generaldirektors Silverberg in dem Teil, der sich mit der deutschen Arbeiterschaft befaßt, auf einmütigen Beschluß des Präsidiums des Reichsoverbundes der Deutschen Industrie.

In der Diskussion, in der u. a. ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums und Geheimrat Bacher das Wort ergriffen, trat plötzlich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Reichert auf und erklärte, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie organisiert sei.

Silverberg ergriff darauf noch einmal das Wort und machte dem Reichert einige Zugeständnisse in der Richtung, daß er sagte, gewiß seien auch in den Rechtspartien Arbeiter vertreten, aber die große Masse der Hand- und Maschinenarbeiter sei in der Sozialdemokratie.

Nach einer ausführlichen Rechtfertigung der Unternehmerpolitik, bei der er besonders die Kartelle verteidigte und das Eindringen des Staates in die Privatwirtschaft zurückwies, charakterisierte Silverberg in seinem Vortrage die

Stellung des industriellen Unternehmertums zur Arbeiterschaft: „In der Befähigung stellt das Eigentum an der Arbeitskraft einen besonders zu behandelnden Komplex dar. Dabei muß ich die Auffassung von der Hand weisen, als wenn ich damit lediglich die Handarbeit meine; im Gegenteil, ich will damit alle diejenigen Individuen zusammenfassen, im weitesten Sinne

gedacht, die durch Bewertung und in Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Arbeit ein aus dieser stichendes Einkommen ziehen. Bei uns in Deutschland, wo weite Kreise mehr oder weniger an einer starken Ueberschätzung des organisatorischen Gedankens leiden, drückt sich diese unvollständige Auffassung auch schließlich darin aus, daß fast alle Berufe, sogar die öffentlichen Beamten, sich gewerkschaftlich organisiert haben. Ich möchte glauben, daß manch einer hierbei dem Druck von unten und der Stimmung gefolgt ist, die nun einmal bei uns als Auswirkung der Revolution geherrscht hat, und daß manch einer heute mit Anstand aus dieser Ueberspannung des Organisationsgedankens heraus möchte. Wie dem aber auch sei, es muß rüchhaltig und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien — sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Dankbar sei auch an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht.“

Der Redner wandte sich dann weiter gegen die Ueberorganisation sowohl bei Arbeitnehmern wie bei Arbeitgebern, erklärte, daß die

Haltung der Unternehmer zu der Arbeiterschaft nicht immer die richtige

war, daß sich aber in dem Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen habe. Damit ging er zu folgenden hochpolitischen Ausführungen über:

„Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei, ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Ueberspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenz zum Ueberdiesgen auslöst. Das Unternehmertum hat natürlich darauf sehr zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Bestreben, dem wirtschaftspolitische Ueberlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zehe zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumspartei, solange

die Sozialdemokratie Oppositionspartei

ist. Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig, es muß heißen:

Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden.

und wenn das richtig ist, muß man den Ruf zur Konsequenz haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Dazu ist von unserem Standpunkt aus Voraussetzung, daß die soziale Demokratie auch den Ruf hat, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution hier erhalten hat: sie hat nicht die Macht und die Kraft und die Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen. Mit Muskel- und Stimmkraft, die auf der Strafe ausgefüllt werden können, ist es nicht getan. Wenn eine soziale Demokratie sich so auf den Boden der Tatsachen stellt, den radikalen Doktrinarismus und die immer zerförende, nie aufbauende Politik der Strafe und der Gewalt ablehnt, wird sie zusammen

mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung (!)

Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen.

Ich glaube also hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertretungswollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt, und daß, darauf sehend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Ruf zu der Schlussfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß. Wir haben in Deutschland zusammen viel wieder aufzubauen. Dazu sind in erster Linie die beiden aufstrebenden Schichten im Volke berufen: das deutsche Unternehmertum im weitesten Sinne gedacht und die deutsche Arbeiterschaft. Kein Teil hat es bis jetzt dem anderen leicht gemacht, zu einer aufbauenden Zusammenarbeit zu gelangen, sicher nicht die politische Vertretung der Arbeiterschaft und ihre Exponenten, die für sich alle Anerkennung verlangten, aber verkanteten, daß sie ohne kräftiges, auf guter Tradition beruhendes Unternehmertum nichts sind. Ranges haben die Organisationen der Arbeiterschaft erreicht. Aber eines haben sie nie gekannt und werden sie nie können: „Arbeit schaffen“. Das kann nur das Unternehmertum, das eine geistig und körperlich gesunde Arbeiterschaft hinter sich weiß.“

Deutschland im Völkerbund.

Der Beginn europäischen Völkerrechts.

Die Hindernisse auf dem Wege Deutschlands nach Genf sind beiseite geschafft. Es ist die Uebereinstimmung hergestellt zwischen den Voraussetzungen, die Deutschland und die Völkerbundsmächte an Deutschlands Eintritt geknüpft haben. Die Studienkommission hat sich darauf geeinigt, dem Völkerbundsrat zu empfehlen, einen ständigen Ratssitz allein für Deutschland zu schaffen. Kein Zweifel, daß der Rat das gleiche beschließt. Kein Zweifel, daß Deutschland in acht Tagen auf dem „leeren Stuhl“ Platz nimmt, von dem zuerst Macdonald genau vor zwei Jahren in der Genfer Bundesversammlung gesprochen. Was bedeutet, in dem Lichte der völkerrechtsgeschichtlichen Entwicklung gesehen, der Einzug Deutschlands in Genf?

Zunächst befaßt Deutschlands Aufnahme in den Bund, daß die Periode der Nachkriegszeit abgeschlossen wird. Bis 1924 war Deutschland aus der Gemeinschaft der Völker praktisch ausgeschlossen. Die Sieger des Weltkrieges diktierten. Ultimatum und Sanktion waren ihre Sprache, die sich von der Sprache der Kanonen nur wenig unterschied. Seit dem Dawes-Abkommen wurde das anders. Von der Stellung des fromenden Leibeigenen, der rechtlos der Willkür seines Herrn preisgegeben ist, rückte Deutschland auf zu einem Schuldner, der mit genau begrenzten Rechten und Pflichten seinem Gläubiger gegenübersteht. Dank der Wandlung, die sich durch die Politik der bewußten Erfüllung vollzog, rückt Deutschland jetzt wieder eine Stufe höher. Aus dem Schuldner wird der Partner der Völkergemeinschaft. Bisher ausgeschlossen von der Mitwirkung an der Organisation der Völkergemeinschaft wird Deutschland ihr Teilhaber. Mit gleichen Rechten und Pflichten tritt es in den „Rat der Völker“. Das durch den Krieg zerstörte europäische Gleichgewicht der Mächte wird erneuert; freilich nicht in der alten Form, wo es auf Geschühen und Bewehren beruhte, sondern in neuem Geiste, wo es auf gegenseitige Achtung und Verständigungsbereitschaft aufgebaut werden soll.

Dies aber bedeutet, daß nicht nur der Zustand der Vorkriegszeit wiederkehrt. Damals gab es noch keine wirkliche internationale Organisation. Unverbunden, unvermittelt, anarchisch standen die Staaten nebeneinander. Jeder Staat war damals — das war die Auffassung der herrschenden Klassen und Anschauungen —, jederzeit berechtigt, über den Nachbar herzufallen, mit den Mitteln des Krieges und der furchtbarsten Gewaltanwendung den anderen Staat zu zerstören. Das Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien und der Versailler Vertrag sind gleichermaßen Zeugnisse für das, was man voreilig „Völkerrecht“ genannt hat. Die gefloßene Willkür, der Austrag internationaler Streitigkeiten in den Formen der nackten Gewaltanwendung, das war damals geltendes Recht. Jeder Staat war selbstherrlich, souverän in den Methoden, mit denen er seine Interessen verfolgte.

Diese Souveränität der Vorkriegszeit erhält Deutschland gerade in Genf nicht wieder. Allmählich zwar werden die Souveränitätsverluste, die Deutschland in Versailles erlitt, wiedergutmacht; das von fremden Truppen besetzte Gebiet, die Militärkontrollkommission sind noch Ueberreste davon. Aber in Genf erhält Deutschland ebenso wenig alle die Willkürrechte der Souveränität zurück, wie die anderen Staaten, die dem Völkerbunde angehören. Deshalb befaßt die Aufnahme Deutschlands in den Bund, daß Deutschland — wie alle anderen europäischen Staaten — freiwillig darauf verzichtet, die Rechte wieder zu erwerben, die für alle Staaten gefährlich sind. Deutschland unterwirft sich den Regeln, die im Völkerbunde für alle aufgestellt sind, um den Frieden zu erhalten. Und deshalb gibt es und gab es eine nationallistische Opposition gegen den Völkerbund, die Opposition derer, die auf Revanchekrieg sinnem. Der Völkerbund ist keine Fessel, aber er ist eine Schranke für seine Mitglieder, internationale Unheil anzurichten.

Das Völkerrecht des Völkerbundes, wie es heute gilt, ist durchaus unzureichend, den Frieden unbedingt zu sichern. Der Krieg und die sonstige Anwendung von Gewalt — Sanktionen, Repressalien, Retaliationen und wie die alten Formen der völkerrechtlichen Zwangsvollstreckung sonst noch heißen mögen — ist noch erlaubt. Es ist nur der Ueberfallkrieg verboten. Die Staaten sind nur gezwungen, den Versuch einer friedlichen Regelung zu machen; mißlingt er, weil ein einstimmiges Urteil nicht erzielt wurde, dann sind sie wieder frei, „das zu tun, was sie zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für nötig erachten“. Dieses „nur“ scheint wenig, vergleicht man es mit Massenschnelldrehung nach unbedingter Sicherung des Friedens. Aber dieses „nur“ ist viel, vergleicht man es mit dem Nichts an Bindung, das früher vorhanden war. Der Weltkrieg brach in acht Tagen über das überraschte und entsetzte Europa herein. Es fehlte jede Organisation, es fehlte damals die Nötigung, die Erhaltung des Friedens auch nur zu versuchen. Der Korfu-Fall, der griechisch-bulgarische, der englisch-türkische, der italienisch-österreichische Konflikt, sie haben gezeigt, daß der Zwang jetzt oft ausreicht, einen Streit vor dem Völkerbunde auszutragen, um ihn langsam und schnell zu ersticken. Das Völkerrecht des Völkerbundes kommt den Massen zu Hilfe, wenn sie um den Frieden ringen wollen. Es zwingt jede Regierung, ihre Politik vor den eigenen und vor den anderen Völkern zu rechtfertigen. Es gewährt den Massen Zeit, um ihre Kräfte für den Frieden zu mobilisieren. Darüber hinaus

bringt Deutschland dem Völkerbund eine Morgengabe im neuen Völkerrecht mit. Mit seinem Eintritt wird das Vertragswerk von Locarno rechtskräftig. Dies schafft für das kriegerisch umstrittene Gebiet Europas eine besondere Sicherung des Friedens. Im Rheingebiet ist nicht nur der Ueberfallkrieg zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien verboten, es ist der Krieg überhaupt zwischen ihnen für alle Zukunft ein Verbrechen. Einen „Nie-wieder-Krieg-Vertrag“ nannten wir ihn deshalb. Er ist durch Englands Verpflichtung, einem trotz dieses Vertrages Angegriffenen wider den Verbrecher Hilfe zu leisten, doppelt gesichert. Zugleich schafft mit Deutschlands Eintritt in Genf der Vertrag von Locarno im Osten, durch die Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, eine besondere, über die Völkerbundsverpflichtung hinausgehende Sicherung des Friedens.

Das Friedensrecht des Völkerbundes galt bisher nur in Teilen Europas. Mit Deutschlands Aufnahme in Genf gilt es für ganz Europa. Das, was vor dem Kriege als ein unerreichbares, utopisches internationales Ideal schien, das beginnt jetzt sich zu verwirklichen. Es gibt Friedensrecht in Europa. Vom Nordkap, Norwegens nördlichster Spitze, bis nach Gibraltar, an Spaniens südlichster Klippe, von der russischen Grenze im Osten bis zum Atlantischen Ozean, der im Westen die Küsten Europas bespült, gilt Völkerrecht. Die Fundamente für die Vereinigung der europäischen Staaten sind gelegt. Nun gilt es, zumal für die arbeitenden Klassen, als Werkleute an dem Hause Europas zu bauen.

Aus dem Reichswehrministerium.

Eine Klage gegen den „Vorwärts“? — Eine absonderliche Gehler-Rede?

Die Hugenberg-Presse teilt mit, daß Admiral Jenker von der Marineleitung gegen den „Vorwärts“ wegen Beleidigung der Offiziere des Kreuzers „Hamburg“ Strafantrag gestellt habe. In unserer Redaktion ist darüber noch nichts bekannt.

Die Hugenberg-Presse berichtet ferner von einer Rede, die der Reichswehrminister Dr. Gehler in Königsberg gehalten hat, folgendes:

„Der Reichswehrminister wies mit besonderer Betonung darauf hin, daß der Kampf gegen den heutigen Staat und gegen seine Verfassung gegenwärtig am schärfsten von der Sozialdemokratie geführt wird, in der vielfach infolge der Konkurrenz mit dem Kommunismus die radikalsten Elemente das große Wort haben.“

Herrn Dr. Gehler kann natürlich nicht unbekannt sein, daß diese ihm in den Mund gelegten Worte von der Staats- und Verfassungsfeindschaft der Sozialdemokratie das Gegenteil der Wahrheit sind. Wir erwarten Aufklärung darüber, was Herr Dr. Gehler wirklich gesagt hat und wie derartige Berichte zustande kommen, bevor wir zu dieser Angelegenheit weiter Stellung nehmen.

Die Schuld der Deutschnationalen.

Die Wehrleistungen Folge deutschnationaler Politik. Ein demokratisches Zeugnis.

Die deutschnationale Presse fällt aus einer Verlegenheit in die andere, wie sie die Schuld der Deutschnationalen an der Verpflüchtung Deutschlands zu 300 Millionen Mark zuzuführenden Reparationsleistungen verkleinern soll. Vergebens sucht sie die Schuld abzuwälzen. Der „Demokratische Zeitungsdiener“ unterstreicht die Feststellung der deutschnationalen Schuld ausdrücklich:

„Als im vergangenen Jahre das erste Kabinett Luther, das im wesentlichen unter dem politischen Einfluß der Deutschnationalen gestanden hat, eine geradezu wahrnehmbare Steuer- und Zollpolitik durchführte, ist von demokratischer Seite immer wieder vor der Durchführung dieser

deutschnationalen Wirtschaftspolitik gewarnt worden. Man hat einerseits diese Warnungen damit begründet, daß die starke steuerliche Belastung, wie sie von den Deutschnationalen herbeigeführt wurde, von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könnte. Daß diese Begründung der nachdrücklichen Warnungen bei den Deutschnationalen nicht auf Gehör fand, war parteipolitisch vielleicht noch nicht zu verwundern. Wenngleich natürlich der Vorwurf bleibt, daß eine rein parteipolitisch aufgelegene Wirtschaftspolitik zur Katastrophe führen muß.“

Aber die Warnungen gründeten sich noch auf einem anderen Gesichtspunkt: der Reparationsplan sah vor, daß vom dritten Reparationsjahr an, also ab 1. September 1926, neben den allgemeinen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 1200 Millionen Goldmark jährlich eine Zusatzleistung bis zu 250 Millionen Goldmark für den Fall zu erfüllen ist, wo die verpfändeten Einnahmequellen des Reiches — Zölle und Brantwein, Bier, Tabak- und Zuckerversteuerung — mehr als eine Milliarde Mark ergeben. Vom Gesichtspunkt der Reparationsleistungen aus hätte also die deutsche Wirtschaftspolitik von Anfang an darauf eingestellt werden müssen, daß die Reichseinnahmen aus den genannten Quellen nach Möglichkeit nicht die von der Reparationskommission geforderte Grenze von einer Milliarde Mark überschritten.

Statt dessen hat das erste Luther-Kabinett — die verantwortlichen Ressortminister waren damals der deutschnationale Finanzminister von Schlieben, der deutschnationale Wirtschaftsjahrminister Reubaus, der deutschnationale Reichsernährungsminister Graf Ranig — auf Drängen der Deutschnationalen, die von einer stärkeren steuerlichen Belastung der Vermögens- und Erbschaftsteuer nichts wissen wollten, den allgemeinen Konsum in einer Weise belastet, daß er die Lebenshaltung so verteuerte, daß die breiten Massen des Volkes noch heute darunter leiden. Die Folge der deutschnationalen Steuer- und Zollpolitik war eine Gesamteinnahme des Reiches aus den verpfändeten Einnahmequellen von zwei Milliarden Mark. Eine Milliarde über die von der Reparationskommission gezogene Grenze! Eine Milliarde, die dem deutschen Wirtschaftsleben in der Zeit schwerster Krisis entzogen wurde. Und die nicht einmal reiflos dem deutschen Reichshaushalt zuzuführen kann, weil nach den Reparationsabmachungen davon die entsprechenden Zusatzleistungen zu erfüllen sind. Wir erinnern daran, daß bei der Beratung der Steuergeetze der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer auf diese ernste Seite der deutschnationalen Steuerpolitik nachdrücklich hingewiesen hat. Aber diese Warnungen verhallten ungehört.“

Jetzt erntet das deutsche Volk die Früchte der Politik der Rechtsregierung unter deutschnationaler Führung und der Firma Luthers!

Ein Feind der Republik als Landrat?

Seltene Vorgänge bei der Lebuser Landratswahl.

Aus Müncheberg wird uns geschrieben: Durch das verderbliche Wirken des früheren Generaldirektors der Lebuser Kreisbank, dessen Treiben durch einen allzu willkürlichen Aufsichtsrat leider kaum gebindert wurde, und durch andere Umstände ist der Kreis Lebus, einer der größten der Provinz Brandenburg, in eine schwierige Lage gekommen. Der Generaldirektor, der in geradezu unbilliger Weise mit Mitteln des Kreis gewirtschaftet hat, mußte gehen, und sein Schatten zog den des Landrats nach, der jetzt auf einem anderen Posten verweilt wird. Das Innenministerium sandte alsdann den bis dahin beim Polizeipräsidenten in Stettin tätigen Regierungsrat Dr. Schabbehard als kommissarischen Landrat in den Kreis. Ein aufrichtiger Republikaner und hervorragend befähigter Verwaltungsmann, verstand es Dr. Schabbehard, in kurzer Zeit manche Schwierigkeiten zu meistern und sich große Sympathien zu erwerben. Auch prominente Deutschnationale haben wiederholt seine hohe Befähigung anerkannt und darauf hingewiesen, daß er der richtige Mann für den Kreis Lebus sei.

Man hätte nunmehr erwarten müssen, daß bei Befragung des Kreistags über die endgültige Befehung des Landratsamtes sich eine

große Mehrheit für Dr. Schabbehard finden würde. Es sollte jedoch anders kommen. Denn es gibt im Kreise einen sehr ehrbedürftigen Mann, den Rittergutsbesitzer Karl von Stünzner auf Sieversdorf, dessen Urohnvater der erste Lebuser Landrat war. Stünzner ist zwar erklärter Feind der Republik und wegen Beleidigung republikanischer Minister verurteilt. In Müncheberg betonte er seine monarchistische Gesinnung und Arbeiterfeindschaft einmal in einer so heftigen Weise, daß er Prügel dafür bezog. Das hindert ihn aber nicht, sich für den Posten eines politischen Beamten der Republik zur Verfügung zu stellen.

Es gab einige Mitglieder der Rechten des Kreistages, die laut und vernehmlich bekundeten, daß sie diesen Unfug niemals mitmachen würden. In einer Fraktions Sitzung aber, in der jeder einzelne Abgeordnete gefragt wurde, ob er Stünzner wählen wolle, knickten alle um und erklärten sich für Stünzner, der denn auch in einer Kreistags Sitzung, die am 1. September in Müncheberg tagte, von der Rechten tatsächlich vorgeschlagen wurde. Stünzner hatte die Stirn, zu erklären, daß er diesen Vorschlag eben jetzt zum erstenmal höre, obgleich die Presse bereits darüber berichtet hatte. Während nach allem preussischen Verwaltungsbrauch an einer Sache Beteiligte die Sitzung zu verlassen pflegen, blieb von Stünzner trotz Protesten der Linken ruhig im Saale und führte in Abwesenheit des kommissarischen Landrats, der sich während der Beratung dieses Punktes entfernt hatte, den Vorsitz.

Die Linke beantwortete diese Provokation damit, daß sie den Saal verließ und damit den Kreistag beschlußunfähig machte. Dieser beschlußunfähige Kreistag schlug dann den Herrn von Stünzner für die Wiederbesetzung des erledigten Landratspostens vor. Die Linke denkt natürlich nicht daran, sich dem Diktat der Rechten zu beugen. Sie wird es nicht zulassen, daß ein Monarchist, der wegen Beleidigung republikanischer Minister verurteilt ist, dafür mit einem Landratsposten belohnt wird.

Widerlegte Sacmeister-Lüge.

Ein Brief des Staatsbankpräsidenten.

In der Sacmeister-Hege gegen den preussischen Innenminister, Genossen Severing, ist unter anderem auch die Behauptung aufgestellt worden, Severing habe sich für Schlichtung bei der Preussischen Staatsbank verhandelt. Vom Staatsbankpräsidenten Schröder, der soeben erst von seinem Urlaub zurückkehrte, ist nun unter dem 3. September folgender Brief an den preussischen Innenminister gerichtet worden:

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Auf Ihr Ersuchen bestätige ich Ihnen hiermit, daß Sie sich weder bei mir noch bei einem anderen Herrn der Beamten der Preussischen Staatsbank, wie meine Feststellungen ergeben haben, jemals um den Kaufmann Schlichting oder seine Firma bemüht und daß Sie irgend ein Interesse für Schlichting nicht befundet haben.

Der Brief des Staatsbankpräsidenten ist beinahe überflüssig, denn auch ohne amtliche Befehung weiß jeder Mensch, daß Genosse Severing über jeden Verdacht erhaben ist, den schmutzige Verleumder gegen ihn ausstreuen.

Völkischer Parteitag.

Unter Anschluß der Öffentlichkeit.

Im Preussischen Landtag tagt heute die sogenannte deutsch-völkische Freiheitsbewegung. Niemand nimmt von ihr Kenntnis, niemand interessiert sich für sie. Mit ihrer Tagung beschäftigt sich kaum die den Völkischen nahestehende deutschnationale Presse. Selbst die „Deutsche Zeitung“ schwingt sich bisher nur zu einer ganz kurzen Meldung auf. Daraus erfährt man, daß Reinhold Wulle sogar gnädigst bereit ist, sich an Verhandlungen über einen Rechtsblock zu beteiligen, wenn — er zustandekommen sollte und wenn — Demokraten und Zentrum aus dieser Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen würden. Gleichgültig wird Herr von Graefe-Goldberg. Er stellt fest, daß die völkische Bewegung nach ihrem einstmaligen Siegeslauf nunmehr einen gewissen Höhepunkt überschritten habe.“

Lesbos in der „Komödie“.

Die „Gefangene“ von Edouard Bourdet.

Daß Irene Montcel niemals zur richtigen Liebe paßt, weil sie bei einer Dame der Gesellschaft in lesbischer Gefangenschaft sitzt, bedauern wir ebenso tief wie ihr Better und nachmaliger Gatte, Herr Jacques Brieux. Daß Herr Edouard Bourdet nach dieser Weise ein dreiaktiges Schauspiel gemacht hat, zeugt für den Mut dieses unternehmenden Forschers neuer Theatermöglichkeiten. Man redet nämlich in Frankreich nicht gern von jener Liebe, die von der altgriechischen Dichterin Sappho erfunden und auf der lieblichen Insel Lesbos besonders heilig gehalten wurde. Als der seltsame Baudelaire, der Urvater der modernen Lyrik, zu seinem unsterblichen Gedichtband über die „Blumen des Unheils“ noch sechs Beherrschungen auf die lesbische Liebe hinzufügte, sollte er ins Juchthaus gesteckt werden. Noch heute ist diese Tat in Frankreich als eine Schandtat des Lyrikers verurteilt. In unseren Tagen hat der Klassiker des französischen Detektivromanes, der außerordentlich komplizierte Marcel Proust einen großen Teil seines zehnbändigen zeitgenössischen Sittensromanes der pedantischen und lesbischen Liebe gewidmet. Er hat etwa 2000 dichtgedruckte Seiten diesem dornigen Thema gewidmet, das die Psychiater wohl beachtet haben. Und inbrünstig plädiert Proust dafür, daß alle Feindseligkeit zwischen den Geschlechtern aus der Baune des Schöpfers herkommt, der die Liebessinne der Männer und Frauen nicht zum Gegenpol ihrer Leidenschaft ablenkte. So ist während der letzten zehn Jahre die lesbische Liebe ein Gegenstand der vornehmen Salonsliteratur geworden. Bourdet brauchte gar nicht zu spekulieren, als er sein lesbisches Schauspiel schrieb. Er brauchte nur mit einer ästhetischen Mode mitzuschwimmen.

Zu fragen ist, ob Max Reinhardt, der über Wien dieses Bourdet'sche Schauspiel in die Berliner „Komödie“ importiert, vollkommene ökonomische Befriedigung finden wird. Das Thema wird bei Bourdet, der ganz robust in die Dinge hineingeht, schlagfertig zum Schlagel aufgedonnert. Gewiß, es kommt zu einem Konflikt, doch man einigt sich schließlich, indem die lesbische Dame zu der Freundin eilt, deren „Gefangene“ sie ist, und der von ihr geschädigte Mann kehrt reuig in das Bouhoir einer ehemals Angebetenen zurück.

Das dünne Stück wird nun von Max Reinhardt beinahe mit Sinn und Gefühl aufgeführt. Der Regisseur hat Helene Thimig als Märtlerin und schließliche Siegerin der lesbischen Liebe bestimmt. Die Kunst von Frau Thimig ist stärker geworden. Die Frau, die sonst so schön das Schüchterne und zerrissene Gefühl andeutete, wurde geheilt von einer allzu großen Reizung zum Zirpen und Kläffern. Sie spricht heute mit außerordentlicher Seele, der Wohlklang ihrer Stimme und das Weiden, das sie ertönen läßt, bestechen durch akustische Lieblichkeit. Und Stimme und Bewegung

der Künstlerin wirken so harmonisch zusammen, daß hier ein höher Grad der komödiantischen Vollkommenheit erreicht wurde. Max Reinhardt stimmt seine Künstler, Ernst Deutsch, Grete Mosheim, Lil Dagover und Theodor Loos mit jener Feindseligkeit ab, die wir bei den Berliner Regisseuren so oft vermischen. Reinhardt hat da wirklich einen heroischen Stil des Gesellschaftslebens herausgebildet. Leider spürt man schon die Methode, nach der alles gedreht und hergerichtet wurde. Die Routine der Dürftigkeit ist ebenso tadelnswert wie die Routine des großen Talentes. Und diese Routine, die Seelisches durch eine, wenn auch raffiniert erprobte Schablone ersetzt, soll beseitigt werden. Man verneint, wirklich die sogenannte hohe Gesellschaft auf der Bühne zu vernehmen, doch man bemerkt, sieht man genauer zu, daß dieser Reinhardt-Stil schon beinahe heruntergekommen ist. Man möchte diese vorzüglichen Schauspielers, die unter der Leitung ihres Regisseurs jedes technische Mittel springen lassen, bitten, daß sie sich der Gefangenschaft entziehen, der sie von ihrem Lehmeister unterworfen werden. Max Reinhardt hat seine Künstler mit geradezu beängstigender Souveränität in Rollen verwanbelt. Es klappert vorzüglich, aber man vermischt schon das wallende Blut.

Die „Komödie“ soll ein Theater der Wohlhabenden sein, die Rentenempfänger, die von Staats wegen ernährt werden, sind ausgeschlossen. Man bevorzugt die anderen Rentenempfänger, die durch eigene Energie den Staat und ihre lieben Nebenmenschen auspressen. Diese vornehme Gesellschaft findet höchlich Vergnügen an dem Bild des Sozialen, das ihr die „Komödie“ bietet. Die Welt wird in der „Komödie“ verzuckert und wässert. Die Menschen auf der Bühne und auch die im Parkett tragen stets einen Dämpfer im Herzen oder einen Maulkorb vor dem Gesicht. Da kein Unterschied zwischen den Menschen auf der Bühne und dem Parkett ist, herrscht Harmonie auf beiden Seiten. Man klatscht so hingebend Beifall, daß die Künstler beglückt sind und sich dankbar und anmutig verneigen.

Max Hochdorf.

Ein modernes Don Juan-Drama.

Ein Don-Juan-Drama und noch dazu in moderner Auffassung, also ohne den mystischen Hauber der klassischen Oper. Was kann uns der Stoff schon bieten? So plätschert denn in der „Tribüne“ der erste Akt der Komödie „Unterwegs“ von Thobias Ritner gedämpft und leise und ein wenig ausgeblasen dahin. Und die Geweisse droht ins Parkett zu schlüpfen, wenn der Dichter die Exposition seines Dramas mit breiter Behaglichkeit bringt und von dem Baron erzählt, der nie arbeitet, sondern nur galanten Abenteuer lebt. Aber dann schließt sich Thobias Ritner unmerklich in das Herz des Zuschauer ein. Ein leichter tänzelnder Ton klingt aus der Komödie, scheinbar an der Oberfläche verhallend. Ab und zu knirscht ein geistreiches Witwort auf, das hell aufleuchtet läßt und plötzlich merkt man, daß spielerisch und mit lächelndem Mund Weisheiten ausgesprochen werden. Sie machen Probleme lebendig, mit denen man längst fertig zu sein glaubte. Das ist alles gar nicht so banal, was der Baron mit

natürlicher Frivolität als seine Lebensaufgabe betrachtet. Gewiß werden die Frauen unglücklich, die in seine kunstvoll geknoteten Netze geben. Aber einmal waren sie glücklich und zehren vielleicht das ganze Leben an dieser einen Stunde. Und wir, die Zuschauer, werden nicht nur zu Zeugen der Erlöse des Barons, sondern nehmen teil an seiner Freude und seinem Leid. Wir sind gefangen genommen auch ohne den geschickt gemachten, aber doch gemachten dramatischen Abschluß. Die Komödie wandelt sich zur Tragödie. Der Baron macht nicht halt vor seinem besten Freund, seinem treu ergebenden Leporello. Er nimmt ihm die geliebte Frau und wird von ihm erstochen. Der Regisseur Eugen Robert hatte eine glückliche Hand. Er bereite über die Aufführung eine ganz intime Stimmung, die von keinem der Darsteller durch einen Hauch getrübt wurde. Raoul Asland fand die müden Töne des genialsten Lebenskünstlers, ohne je blasfem zu wirken. Mit seiner ästhetischen Eleganz und der einschmeichelnden weichen Stimme ein schillernder Don Juan. Der Leporello des Herrn Valentini war rührend in seiner Selbstlosigkeit und erschütternd in der langsam aufblühenden Erkenntnis des Verrates. Käthe Haack, entzückend anzusehen, war eine duffig-anmutige Bürgerfrau, hinreichend im lustigen Dahinschwärmen wie in ihrer Dingebude. Ernst Degner.

Weitere Aufführungen in der „Tribüne“ verboten.

Der Polizeipräsident hat Direktor Robert die Veranstaltung von Vorstellungen in dem von ihm am 1. September d. J. wieder übernommenen Theaters „Tribüne“ aus sicherheitspolizeilichen Gründen untersagt. Schon seit längerer Zeit hat die Theaterpolizei Herrn Theaterdirektor Robert eine Reihe von baulichen Veränderungen auferlegt, die die Sicherheit des Publikums und insbesondere der mitwirkenden Schauspieler gefährlichen sollten. Trotz wiederholten Hinweises darauf, daß die Wiedereröffnung des Theaters erst nach restloser Erfüllung aller dieser Forderungen gestattet werden könnte, hat sich bei der Bauabnahme am gestrigen Tage herausgestellt, daß tatsächlich eine Reihe der wichtigsten Forderungen der Theaterpolizei nicht erfüllt worden ist. Nur mit Rücksicht auf das gestern zahlreich erschienene Publikum ist die Premiere am nächsten Abend zugelassen worden. Der weitere Fortgang der Vorstellungen wird aber erst dann wieder gestattet werden, wenn alle sicherheitspolizeilichen Forderungen von Direktor Robert erfüllt worden sind.

Erfolgsaufführungen der Woche: Montag: Städtische Oper: „Otto und Tschodan“. Mittwoch: Volkstheater: „Galemanns Tochter“. Freitag: Theater in der Kommandantenstraße: „Der schwarze Engel“. Sonnabend: Oper am Platz der Republik: „Oberon“. Staatsoper: „Die Räuber“. Theater am Kurfürstendamm: „Es geht schon besser“.

Veranstaltungen der Woche. Sonntag (7 u. 8): Das Sonnenland Süd-West-Afrika. Von Montag (8 u. 9): „Unter Äpfeln und Palmen“; täglich (7): „Wege zu Kraft und Schönheit“, 2. Teil.

Marconis neuerer Lautsprecher. Die Marconi einem Berichterstatter mitteilte, ist ihm eine wichtige Erfindung auf dem Feld der Rundfunkübermittlung gelungen. Er hat einen neuen Lautsprecher konstruiert, der insofern ist, Worte und Töne auf eine Entfernung von 13 bis 15 Kilometer hin zu übermitteln. Der neue Lautsprecher ist in erster Linie für die Übertragung von Reden an eine große Versammlung gedacht.

Deutschlands Sitz einstimmig genehmigt.

Beschluß des Völkerverbundes.

V. Sch. Genf, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Endlich ist der Bericht der Studienkommission vom Völkerverbundrat als letzter Punkt seiner öffentlichen Sitzung behandelt worden. Es war eine fast einstündige geheime Sitzung vorangegangen, die sich natürlich mit dem Fall Spanien beschäftigte. Berichterstatter in der öffentlichen Sitzung war Schil-Japan. Er legte dem Rat folgende Resolution vor:

Der Rat nimmt Kenntnis von der Resolution, die der Delegierte Frankreichs, Briand, in der außerordentlichen Vollversammlung vom März 1926 vorgelegt und die die Vollversammlung angenommen hat; sie besagt folgendes:

„Die Versammlung bedauert, daß die bisher aufgetauchten Schwierigkeiten nicht gestattet haben, das Ziel zu erreichen, für das sie einberufen worden war, und spricht den Wunsch aus, daß diese Schwierigkeiten bis zur ordentlichen Session vom September behoben werden mögen, damit zu dieser Zeit der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ermöglicht werde.“

Der Völkerverbundrat handelt entsprechend dem in dieser Resolution ausgesprochenen Wunsch und 1. genehmigt den Bericht der Kommission über die Zusammensetzung des Rates. 2. Er beschließt insofern und kraft der Vollmacht, die ihm der Art. 4 des Völkerverbundesstatuts verleiht: a) die Bezeichnung Deutschlands als ständiges Mitglied des Rates gleich nach seinem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund; b) die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder auf 9 erhöht werden. 3. Der Rat empfiehlt der Vollversammlung die Durchführung dieser Beschlüsse. 4. Er empfiehlt der Vollversammlung, die von der Kommission gemachten Vorschläge über die Art der Wahl der nichtständigen Mitglieder und das Regime ihres Mandats in günstigem Sinne zu prüfen.

Diese Resolution wurde debattelos angenommen, nur Anden wiederholte in einer kurzen Erklärung die bekannte Vorbehalte, die Sjöborg bereits in der Studienkommission namens Schwedens vorgebracht hat.

Dann ließ Benech als Vorsitzender den bekannten, in der Resolution des Lord Cecil enthaltenen Appell an Spanien vom Völkerverbundrat gutheißen. Dann wurde die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Damit hat der Völkerverbundrat endlich das beschlossene, was er im März d. J. wegen des angekündigten Widerstandes Brasiliens nicht hatte beschließen können: nämlich der Vollversammlung zu empfehlen, Deutschland als Mitglied des Bundes mit Rändigem Ratsmitglied aufzunehmen.

Was will Spanien?

Dunkle Andeutungen Janguas.

Paris, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus San Sebastian wird gemeldet, daß der spanische Außenminister über die Fragen der Neuverteilung der Ratsmitglieder und der Haltung Spaniens dem Völkerverbund gegenüber Journalisten Erklärungen abgegeben hat, in denen er ausführte, daß die spanische Regierung immer bemüht gewesen sei, eine korrekte Haltung einzunehmen. Sie müsse deshalb einstweilen die offizielle Antwort auf ihre Forderung abwarten. Die spanische Regierung sei angenehm berührt von den zahlreichen Äußerungen der Sympathie und des Entgegenkommens, die sie aus den Kreisen des Völkerverbundes, vor allem von den Delegierten Englands und Italiens, erhalten habe. Auf die Frage der Journalisten, ob Spanien aus dem Völkerverbund austreten werde, erwiderte der Minister, daß er diese Frage ausführlich nicht beantworten könne. Der Weg, den wir befolgen werden, erklärte der Minister, ist von der spanischen Regierung bereits festgelegt. Sie wird mit dem größten Ernst vorgehen und jeglichen Anschein eines Bruches vermeiden.

Gaus in Berlin. — Stresemann fährt nicht nach Dresden.

Ministerialdirektor Dr. Gaus ist heute vormittag in Berlin aus Genf wieder eingetroffen. Er erstattete im Laufe des heutigen Tages dem Reichsaußenminister und dem Reichskanzler ausführlichen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Genfer Besprechungen. Sabinetsbesprechungen sind nicht vorgefallen.

Der Reichsaußenminister hat an den Reichsverband der Deutschen Industrie telegraphiert, daß er infolge der Entwicklung der außenpolitischen Lage in bezug auf Genf nicht in der Lage sei, seinen Vortrag vor der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes, der für heute vormittag vorgesehen war, zu halten. Der Reichsverband hat, wie Tl. meldet, an Dr. Stresemann zurückgedreht, er möge doch, vielleicht unter Zuhilfenahme eines Flugzeuges, seine Anwesenheit in Dresden möglich machen, da 2000 Versammlungsteilnehmer auf sein Erscheinen und seinen Vortrag hätten.

Coolidge droht.

Rüstet Europa nicht ab, rüstet Amerika auf.

New York, 4. September. (Tl.) Die republikanische Presse verbreitet in großer Aufmachung eine Erklärung des Weißen Hauses, wonach Coolidge entschlossen sei, die Durchführung des Luftschiffprogramms und den Bau von Kreuzern und Tauchbooten zu beschleunigen, wenn die Genfer Abrüstungskonferenz erfolglos bleiben sollte. Der Präsident habe die Teilnahme amerikanischer Delegierter an dieser Konferenz nur widerstrebend und nur deshalb zugegeben, um den Friedenswillen der Vereinigten Staaten kundzutun. Coolidge sehe sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken, daß Amerika seinen Reichtum möglicherweise zur Vermehrung der Rüstungen verwenden könne, wenn das mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfende Europa die Abrüstungsvorschläge Amerikas auch weiterhin übergehe. Amerika würde es in diesem Falle ganz gleich sein, ob es dadurch die Führung einer neuen Weltrüstungskampagne übernehmen würde.

Die republikanische Presse bezeichnet diese Erklärung als den härtesten Schritt des Präsidenten Coolidge seit seinem Amtsantritt.

Preussische Dollarleihe.

Auf Rückfrage an zuständiger preussischer Stelle wird bestätigt, daß mit dem amerikanischen Syndikat unter Führung von Harris, Forbes u. Co. eine grundsätzliche Einigung über die Anleihe von 20 Millionen Dollar in 6½-prozentigen Bonds, die im Jahre 1951 fällig werden, zwar erzielt ist; vor dem endgültigen Abschluß müssen aber noch eine Anzahl Einzelheiten geregelt werden. Auch steht der Verkaufskurs, zu dem die Anleihe aufgelegt werden soll, noch nicht fest.

Der Abgeordnete Stala ist nicht Angehöriger der polnischen Minderheit in Deutschland, sondern Führer der Lausitzer Serben (Wenden).

Glückliche Kinderreise.

An der Ankunftsseite des Anhalter Bahnhofes stehen die bekannten Lastautos, die zum Kindertransport auf Ausflügen, zur Beförderung von einem Bahnhof zum anderen usw. verwendet werden. Eben ist der Zug aus Leipzig eingelaufen. Untermens hat er aus allen möglichen kleineren und größeren Städten Sachsen kleine, erholungsbefähigte, leicht- und luftbrunne Jahrgäste eingefammelt. Die meisten kamen — ganz wie die richtigen großen Reisenden — allein, bepackt mit Handkoffer, diversen Taschen, die die Mutter zugeratet hat für ihren Liebling zurechtgemacht hat, stolz dahergelappt. Flugs ging's per Lauffschritt durch die Halle, die Leiter, die zum Autoeinstieg dient, hinauf und da saßen sie nun in Reih und Glied. Die Mädchen in lustigen Sommerkleidchen, den schwingenden Kränzen über dem Arm, im Joppe eine große, schöne Schleife — in Sachen unterscheiden sich Jungen und Mädchen so nach der Friur — die Knaben in Sportdreh. Jeder überprüfte sorgsam sein Gepäck, musterte den Nebenmann und guckt sich dabei das vor ihm liegende Zipselchen von Berlin an. Mit todernsten Gesichtern, worin noch etwas Abschiedschmerz von daheim, dann die ganzen verschiedenartigsten Reiseindrücke ihre Bistentarie hinterließen, harren sie geduldig der Abfahrt. Blau sind die Gesichter, schmal die Kinnchen und Beinchen und sie sind wahrhaft würdig, daß sie die milde Sonne bescheint. nun erortet sie ja noch viel, viel Neues und viel Schönes! Es geht an die Döner, nach Kolberg. Nun trabeln die letzten Jahrgäste hoch, der Beamte vom Überwachungsamt klappt die Tür zu und los geht's in linker Fahrt zum Stettiner Bahnhof und von dort weiter in all die stobe Herrlichkeit.

Messerstecherei in der Exerzierstraße.

Schredensstat eines Geisteskranken?

Zu einem blutigen Auftritt kam es gestern nacht in einem Café in der Exerzierstraße 24. Hier sah der 26 Jahre alte Arbeiter Billy Prangel aus der Exerzierstraße 2a mit anderen Gästen zusammen. Ohne ersichtliche Veranlassung brach der Mann plötzlich einen Streit vom Zaun und geriet im Verlaufe des Wortwechsels derartig in Wut, daß er sein Messer herausriß und blindlings auf die anderen Gäste einstach. Von einem Messerstück des Rasenden in die Herzgegend getroffen, brach der 39 Jahre alte Chauffeur Max Werner aus der Soldiner Straße 19 schwer verletzt zusammen. Da der Wirt und die Gäste des Lokals nicht herbeikommen konnten, wurde die Polizei alarmiert. Während mehrere der Anwesenden den bestimmungslosen Werner nach der Rettungshilfe in der Badstraße und dann nach dem Virchow-Krankenhaus brachten, versuchten die Beamten, den Rasenden zu bändigen. Prangel hatte inzwischen einige Tische zusammengestellt und dahinter Deckung genommen. Er drohte leben, der ihn nahe kam, zu erschlagen. Um nicht noch größeres Unheil heraufzubeschwören, machten die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch und konnten ihn schließlich komplustfähig machen. Da er eine Kopfverletzung davongetragen hatte, wurde er nach Anlegung eines Verbandes auf der Rettungshilfe als Polizeigeisestkranker in das Staatskrankenhaus gebracht. Offenbar hat der Mann die Bluttat in plötzlich ausbrechender geistiger Unmachtung oder, wie es jetzt in zunehmendem Maß der Fall ist, unter dem Einfluß des Genußes geistiger Getränke begangen. Der gestochene Werner liegt in bedenklichem Zustand darnieder.

Sechs Jahre auf der Wohnungssuche.

Der Industriearbeiter M., der in der Sachsenwaldstraße 2 in Steglitz in einer ungesunden Notwohnung im Hinterhaus proklustisch wohnt, steht seit dem 22. Juli 1920 auf der Dringlichkeitsliste des Wohnungsamtes Steglitz. Mitte April 1926 — also nach fast sechs Jahren — wurde M. zum ersten Male eine teure Neubauwohnung und darauf eine andere Wohnung angeboten, die einer Frau D. in der Märkischen Straße gehört und nach unseren Informationen seit etwa einem Jahre leer steht. Als M. Ende April die Zweizimmerwohnung besichtigen und mit der Frau verhandeln wollte, sagte ihm diese brüst: „Mit Leuten, die vom Wohnungsamt kommen, verhandele ich nicht.“ Es bedurfte einer sehr energischen Intervention des Wohnungsamtes Steglitz, um die resolute Frau Birin überhaupt erst „verhandlungsfähig“ zu machen. Die Verhandlungen um die Wohnung zogen sich nun sechs Wochen hin, nach Angabe des M. betrieb Frau D. systematisch Sabotage des Mietabschlusses. Als man endlich beim Kontraktabschluß war, ergaben sich neue Schwierigkeiten: die Schönheitsreparaturen wollte M. selbst verrichten, da die in Frage kommende Wohnung in sehr erheblichem Maße reparaturbedürftig ist. Die D. war damit wiederum nicht einverstanden. Endlich verzichtete M. auf die Wohnung, um sich und seiner kranken Frau weiteren Kummer zu ersparen. Als die Frau des M. kürzlich auf dem Steglitzer Wohnungsamt um die Anweisung einer neuen Adresse bat, antwortete man ihr: „Warum haben Sie denn verzichtet?“

Es scheint also, daß der Arbeiter M., dessen Bemühungen um eine neue, hygienischen Anforderungen mehr genügende Wohnstätte sich nicht durch seine Schuld verzögerten, auf absehbare Zeit weiter in seinem ungesunden feuchten Wohnloch haufen muß. Dies, trotzdem der Dezernent des Steglitzer Wohnwesens, der M.'s letzte Wohnung besichtigte, selbst erklärte, daß einem hier „eine fürchterliche Luft entgegenwehe“. Im übrigen: Wer bringt die widerpenstige Frau Birin zur Reife, die anscheinend mit Erfolge allen wohnungsaamtlichen Anordnungen ein Schnippchen schlägt?

Wie man der Republik auch dienen kann.

Ran schreibt uns: Um Berlin herum liegen sehr viele neuerstandene Siedlungen. Wenig Arbeiter, mehr Handwerker, meist Beamte, haben dort ihren Wohnsitz. Eine davon ist die Siedlung „Dahleim“, Berlin-Mariendorf, Vichtenerdener Chaussee. Reichs-, Staats- und Landesbeamte, Beamte der Post, der Eisenbahn, der Polizei, dazu Beamte der Stadt Berlin haben dort, meist noch mit Unterstützungsgeldern der Republik, eine Heimat gefunden. Ihre Dankbarkeit gegenüber dem Staat, der ihnen nicht nur Schutz, Arbeit, Brot, sondern auch eine Wohnung gegeben hat, glauben die meisten der dort wohnenden Beamten wohl am besten dadurch abtragen zu können, daß sie bei jeder Gelegenheit auf die Republik, die heutige Staatsform schimpfen, absätzig über diese urteilen und ihre „laissez-faire-monarchistische“ Gesinnung laut oder leise bekann geben. Deshalb auch große Empörung, als am letzten Sonntag plötzlich unter Klängen des Reichsbannermarsches und anderer republikanischer Melodien eine stattliche Zahl von Reichsbannerleitern des 13. Kreises mit wehenden schwarzgoldenen Fahnen durch die Siedlung marschierten. In dieser fast 1000 Köpfe zählenden Beamtenbesetzung haben nur 7 oder 8 am letzten Verfassungstag den Hut gesunden, auch öffentlich zu zeigen, daß sie als Beamte auch wirklich Diener der heutigen Staatsform sein wollen. Eine Anzahl, die im Herzen vielleicht mit diesen wenigen Mutigen sympathisieren, wagte dieses aber nicht zu zeigen; und so könnten die übrigen der dort wohnenden Beamten der Meinung sein, daß in den Kreisen der Beamenschaft die Ideen des republikanischen Staates nicht Eingang finden. Und deshalb war es gut, daß hier einmal das Reichsbanner durchmarschierte und ihnen zeigte, daß es doch wohl etwas anderes ist, wie „Vokal-Anzeiger“ und andere Blätter berichten. Darüber hinaus aber auch noch ein weiterer Vorteil. Denen, die sich zur Republik bekennen und die deshalb sehr oft mit geschäftigen oder ungeschäftigen Bemerkungen bedacht werden, denen hat man Freude gemacht und ihnen neuen Mut gebracht und den Schwanzenden und Zweifelnden, den Knechtlichen, denen hat man auch den Rücken gestärkt. Darum soll man solche Demonstrationen wiederholen, mehr noch als es diesmal waren, sollen sich bereit finden und unter den

Klängen republikanischer Lieder mit wehenden Fahnen in solchen Beamtenbesetzungen demonstrieren.

Als am Schluß sich einer der dort Wohnenden bedankte, merkten die Reichsbannerkameraden aus seinen Worten, daß sie hier nicht nur Freude, sondern auch Hilfe und neuen Mut haben bringen können. Das Hoch auf die Republik, das durch den stillen Abend lang, wird vielen noch lange in den Ohren klingen.

Die Straßenbahn will bauen.

Neue Linien in den Außenbezirken. — Eine Zwanzigmillionen-Anleihe.

Die Anregungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Beschleunigung kommunaler Arbeiten tragen jetzt endlich auch für die Berliner Straßenbahn ihre Früchte. Gestern lag dem Aufsichtsrat der Straßenbahn ein umfangreiches Arbeitsprogramm für den weiteren Linienausbau, namentlich in den Außenbezirken, vor. Dieses Bauprogramm mit einer Gesamthöhe von etwa 35 Millionen Mark sollte sich auf fünf Jahre verteilen. Der Aufsichtsrat war aber nach längerer Aussprache der Meinung, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Arbeitsmarktes auch die Straßenbahn verpflichtet sei, im höheren Maße als bisher Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Man beschloß deshalb grundsätzlich, das Bauprogramm von etwa drei Jahren im Betrage von rund 25 Millionen Mark auf ein Jahr zu konzentrieren. Zur Finanzierung ist die Aufnahme einer Anleihe von etwa 20 Millionen Mark notwendig. Um aber mit den Bauten sofort zu beginnen, erteilte der Aufsichtsrat die Genehmigung, mit dem Bau der Strecke Bahnhof Heerstraße—Pichelsdorf—Spandau unverzüglich anzufangen und die notwendigen Mittel eventuell kurzfristig aufzunehmen. Die Einzelheiten des sonstigen Bauprogramms sollen noch einmal genau durchgeprüft werden. Auf diese Weise wird endlich auch von der Straßenbahn aus neue Arbeitsgelegenheit geschaffen. Allerdings muß man die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die Staatsregierung diese Arbeiten, die von beträchtlichem Umfang sind, durch Gewährung billiger Kredite und durch Notstandszuschüsse unterstützt.

Schweres Unglück bei der Motorfahrrad.

Fahrer und Ueberfahrer tot.

Heute früh gegen 4½ Uhr passierte der 34 Jahre alte Kaufmann Hans Hürle aus Krefeld, der sich an der Motorfahrrad „Quer durch Deutschland“ von Düsseldorf nach Königsberg beteiligte, die Berliner Chaussee in Jochendorf. In der Nähe eines Restaurants überfuhr er einen 40—45 Jahre alten Mann, der schwerverletzt liegen blieb. Hürle selbst stürzte mit seinem Motorrad so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war. Den Ueberfahrenen schaffte man nach dem Sanatorium Waldrieden, wo er aber kurz nach seiner Einlieferung starb. Da er keinerlei Papiere bei sich hatte, konnten seine Personalien nicht festgestellt werden.

Zwei Großbrände.

In der Nacht zum Sonnabend wurden vier Züge der Berliner Feuerwehr nach der Hufelandstraße 16 in Berlin N.D. gerufen, wo der Dachstuhl des Vorderhauses in seiner ganzen Ausdehnung lichterloh brannte. Unter Leitung von Baurat Steinert ging man gegen das Feuer vor. Erst nach längeren Bemühungen gelang es, die Gemalt des entstellten Elementes einzudämmen. Mit welcher Kraft das Feuer gewütet hat, geht daraus hervor, daß die Decken einiger Wohnungen des vierten Stockwerkes durchbrannten. Die Wohnungen mußten geräumt werden. In derselben Nacht brannte in der Trübbergstraße in Waldmannslust ein Wohnhaus sowie eine anschließende Scheune. Der Dachstuhl und die obere Etage des Wohnhauses brannten nieder, die Scheune stürzte schließlich zusammen.

Vierkörters Rückflug nach Köln.

Der Kanakelordmann Vierköter hat heute morgen Berlin wieder verlassen. Um 9 Uhr ist er auf dem Tempelhofer Feld mit einer vom Piloten Karl Raack gesteuerten Maschine der Luftkassa zum Flug nach Köln gestartet, wo sein Eintreffen für 1,15 Uhr erwartet wird.

Berufsinflur am Brandenburger Tor. Gestern abend stürzte am Brandenburger Tor, an dem bekanntlich ein großes Gerüst zu Renovierungsarbeiten errichtet wurde, ein Teil einer Stange ein. Der Einsturz wurde durch einen Lastkraftwagen verursacht, der gegen einen Pfeiler fuhr. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Uns erscheint die Errichtung des Gerüsts an allen Toren zu gleicher Zeit eine sehr Gefahr für die passierenden Fahrzeuge. Die Durchgänge sind so eng gehalten, daß Omnibusse nur unter großer Vorsicht hindurchfahren können.

Der Bezirksverband der Kleingärtner des 16. Verwaltungsbezirks hat am 3. bis 7. September in Schöberls Gesellschaftshaus in Friedrichshagen, Friedrichstr. 194, seine dritte Verbandsausstellung in Kleingärtnerzeugnissen, wie Gemüse, Obst, Weine, Blumen, Kanarienvögel, Zierpflanzen, Düngemittel und Gerätschaften. Ferner findet eine Ausstellung von Gartenhäbungen und deren Bekämpfung statt. Auch Mutterläuben werden gezeigt. Die Ausstellung ist geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends. Eintritt 30 Pf.

Unwetter in der Lausitz.

Görlitz, 4. September. Das gestern nachmittag über die Oberlausitz mit teilweise wolkenbruchartigem Regen niedergegangene schwere Gewitter hat besonders stark in der sächsischen Oberlausitz gewütet und die Umgebung von Pöbau und Baugen heimgesucht. In der nächsten Umgebung von Pöbau wurden durch Blitzschlag sechs Brände verursacht. Den Flammen fielen hier drei mit Erntevorräten gefüllte Scheunen, ein Wohnhaus mit Mobiliar, der Dachstuhl eines Stallgebäudes und eine Stroheime zum Opfer. Außerdem wurden zahlreiche Häuser durch kalte Blitzeschläge beschädigt. — In der Umgebung von Baugen hat das Gewitter etwa fünfzehn Brände verursacht. Der in den letzten Jahren stehende Gastwirt Clemens Reumann wurde auf dem Kartoffelfeld vom Gewitter überrascht und vom Blitz erschlagen. Das Kirchdorf Reichwitz wurde durch den wolkenbruchartigen Regen völlig unter Wasser gesetzt. Auch in der Gegend von Weichenberg kam es zu großen Ueberflutungen. Ebenso wurde in Treitendorf bei Pöbau das ganze Treitendorf überschwemmt. Das Wasser lief 30 Zentimeter hoch über den Bahndamm der Dresden—Görlitzer Strecke, so daß der Zugverkehr gefährdet war.

Grubenexplosion in Amerika. — 16 Todesopfer.

Tamora (Oklahoma), 3. September. In einer hiesigen Grube, deren Belegschaft gewöhnlich mehr als 200 Bergleute beträgt, erfolgte eine Explosion, die 16 Todesopfer forderte. Der größte Teil der 200 eingeschlossenen Bergleute konnte glücklicherweise lebend geborgen werden. Einzelheiten fehlen noch.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Hermann Tiep eröffnet ab Montag, den 6. September 1926, an ihren Lokalitäten, Kopalger Straße, 1. Stock, Alexanderplatz, Berlin, und Franzfurter Allee, 1. Stock, den Verkauf für fast sämtliche Berliner Theater. Die Theaterkasse am Lustgartenbassin 3 der Firma Hermann Tiep soll dabei kommenden Woche eröffnet werden.

Verhandlungsbasis im englischen Streik.

Der Vorschlag der Bergarbeiter.

London, 4. September. (CP.) Infolge der eifrigen Bemühungen Macdonalds ist es so weit gekommen, daß die Bergarbeiter an die Regierung einen Brief gerichtet haben, in dem sie um eine Konferenz mit der Regierung und den Grubenbesitzern auf der Grundlage eines nationalen Abkommens nachsuchen. Dieser Brief wurde von der Regierung als eine völlig zufriedenstellende Basis angenommen. Die Grubenbesitzer haben sich bisher jedoch nicht von ihrem Standpunkt abbringen lassen, eine bezirksweise Regelung zu verlangen. Es ist jedoch anzunehmen, daß Churchill sich nicht die Gelegenheit der Abwesenheit Baldwin's entgehen lassen wird, um als der Schlichter in der Öffentlichkeit zu erscheinen, und zugleich den gesamten Einfluß der Regierung benützen wird, um den Grubenbesitzerverband zum Einlenken zu bewegen, wobei er sich mit Recht auf die Empfehlung des königlichen Kohlenberichts stützen kann.

Reichskonferenz des Pflegepersonals.

Für ein Reichsgesetz auf obligatorische Ausbildung.

Köln, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am 2., 3. und 4. September tagte im Düsseldorfer Volkshaus die 5. Reichskonferenz der Reichssekktion des Gesundheitswesens im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 120 Vertreter des Krankenpflegepersonals aus allen Gegenden Deutschlands waren versammelt.

Dr. Rosen, Berlin hielt einen Vortrag über das Thema: „Im Kampfe um die Volksgesundheit“. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, daß der Kampf um die Volksgesundheit ein politischer und gewerkschaftlicher Kampf sein müsse. Der deutschen Wirtschaft legte der Redner nahe, Menschenökonomie zu treiben, das bedeute Sozialpolitik, die in ihrer gegenwärtigen Auswirkung die Produktion hebe.

Das zweite Referat über „Das Krankenpflegepersonal im Dienste der Allgemeinheit“, das der Sekretär des Verbandes Kurplatt hielt, erweckte in seiner Art ebenfalls starkes Interesse der Tagungsteilnehmer. Der Redner ging von dem Geleit der Weisheit aus. Wie in der menschlichen Gesellschaft die Arbeit noch immer nicht die hohe Wertung erfährt, die ihr zukomme, so sei auch innerhalb der großen Gruppe die Arbeit des Krankenpflegepersonals noch nicht zu der Wertung gelangt, die ihr zukomme. Als dritter Redner sprach Dittmer vom Verbandsvorstand in Berlin. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Ausbildung des Krankenpflegepersonals reichsgesetzlich sein müsse.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „Die vom 2. bis 4. September in Düsseldorf tagende 5. Reichskonferenz der Reichssekktion des Gesundheitswesens im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bestätigt nochmals die grundsätzlichen Forderungen über die Ausbildung und Prüfung des Krankenpflege-, Krankenpflege-, Bade- und Massagepersonals, wie sie bereits in Jena 1919 und Dresden 1924 aufgestellt wurden. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die in Preußen und anderen Einzelstaaten in den letzten Jahren erlassenen Prüfungsvorschriften auch heute noch unzureichend. Durch die Vielfältigkeit dieser Bestimmungen und ihren fakultativen Charakter ergeben sich in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten, die nur durch ein Reichsgesetz aufgehoben werden können. Die Reichskonferenz hält damit die Schaffung eines solchen Reichsgesetzes für eine dringende Notwendigkeit und beabsichtigt, nochmals bei dem Reichsminister des Innern und den gesetzgebenden Körperschaften Anträge auf Schaffung eines Reichsgesetzes zu stellen.“

Konferenz des Landarbeiter-Verbandes.

Sozialpolitische Forderungen.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hatte am 25. und 26. August in Düsseldorf eine Konferenz seiner Gauleiter veranstaltet, die sich neben organisatorischen Fragen auch mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigte. Dazu wurden folgende Entschließungen gefaßt:

Die Freizügigkeit in der Landwirtschaft.

Die Reichsbahndirektion in Königsberg i. Pr. hat vor einiger Zeit eine Verfügung herausgegeben, die sich mit der Einstellung von Arbeitern beschäftigt. Es wird darin gesagt, daß die Unternehmer, die Arbeiten für die Reichsbahn ausführen, nur solche Leute beschäftigen dürfen, die für die ordnungsmäßige Auslösung ihrer bisherigen Arbeits- und Mietverhältnisse den Nachweis erbringen. Ferner wird wörtlich gesagt:

„Arbeiter, die in den letzten zwölf Monaten in einem landwirtschaftlichen Betrieb der Provinz Ostpreußen beschäftigt waren, dürfen nur dann angenommen werden, wenn die Ortspolizei des Wohnorts oder, in Ermangelung eines solchen, des letzten Aufenthaltsorts Bescheinigt hat oder der Beweis erbracht ist, daß dessen Beschäftigung bei dem Umbau der Bahnanlagen in Königsberg i. Pr. Bedenken nicht entgegenstehen.“

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat schon im Jahre 1924 bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegen derartige Eingriffe in das Recht der Freizügigkeit Einspruch erhoben und auch bei den Regierungsstellen Beschwerde eingelegt. Es wurde damals Abhilfe versprochen, und sollten auch die Reichsbahndirektionen in diesem Sinne informiert werden.

Trotz alledem erlaubt sich die Reichsbahndirektion in Königsberg wiederum einen derartig unerhörten Eingriff in die durch die Verfassung garantierte Freizügigkeit. Anscheinend bestehen in Ostpreußen in politischer und sonstiger Beziehung nahe Verbindungen zwischen maßgebenden Herren der Reichsbahndirektionen und Führern der Landwirtschaft. Es bedarf anscheinend nur einer Anregung der maßgebenden Landwirte, und dann wird in der Reichsbahn-Gesellschaft verfügt.

Die Gauleiterkonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes protestiert gegen derartige Maßnahmen und erwartet, daß seitens der Reichsregierung, deren Aufgabe es ist, über die Durchführung der Verfassung zu wachen, den Reichsbahndirektionen begreiflich gemacht wird, daß derartige Verordnungen unzulässig sind und der Aufhebung verfallen müssen.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Die technische und wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft führt zu kürzeren Perioden der Arbeitsintensität. Dieser Zustand bedingt einen unterschiedlichen Bedarf von menschlicher Arbeitskraft innerhalb eines Wirtschaftsjahres.

Der zeitlich unterschiedliche Bedarf an Arbeitskräften ist für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ein wirtschaftliches Uebel und fördert die Flucht vom Lande. Die von den verschiedensten Kreisen der Landwirtschaft angestellten Bemühungen, eine bessere Verteilung der anfallenden Arbeiten auf das ganze Jahr zu ermöglichen, werden den jetzigen, oben geschilderten Zustand nicht entscheidend beeinflussen.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband muß darum mit allem Nachdruck fordern, daß den Landarbeitern in der arbeitsarmen Zeit eine Existenzmöglichkeit gesichert wird, im besonderen auch durch den Bezug von Arbeitslosenunterstützung. Die zeitliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung genügt nach seiner Richtung den notwendigen Bedürfnissen. Die Gauleiterkonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes fordert darum die endliche Schaffung einer Arbeitslosenversicherung unter Einbeziehung der Landarbeiter.

Zum Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes.

Nach Breffemittelungen wird im Reichsarbeitsministerium ein Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetz vorbereitet. Das künftige Arbeitsschutzgesetz soll nach den bisherigen Veröffentlichungen die Landarbeiter von der allgemeinen gesetzlichen Regelung ausschließen.

Die Gauleiterkonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes protestiert gegen diese Absichten der Reichsregierung. Sie fordert erneut, daß in der Sozialgesetzgebung die Landarbeiter grundsätzlich stets in die allgemeine gesetzliche Regelung aufgenommen werden, da jede Sonderregelung sich zum Schaden der Landarbeiter auswirkt.

Betriebsratswahl auf den staatlichen Zechen.

Reddinghausen, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Am 31. August fand für den Bereich der Zechen der Staatlichen Bergwerksdirektion Reddinghausen die Wahl des Gesamtbetriebsrates statt. Die Wahl ergab: Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands erhielt 18, der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter 7 Sitze. Bei den Angestelltenverbänden erhielt die Liste Todenhöfer (KZ-Bund und Deutscher Beamtenbund) 4 Sitze, alle übrigen Angestelltenverbände brachten es auf einen Sitz. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat gegenüber dem vorjährigen Ergebnis (alter Verband und Union) einen Sitz gewonnen, der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter einen Sitz verloren. Die gemeinsame Liste des KZ-Bundes und Deutschen Beamtenbundes gewann gegenüber 1925 ebenfalls einen Sitz, während die übrigen Angestelltenverbände einen Sitz verloren.

Lohnerhöhung im Saargebiet.

Saarbrücken, 3. September. (Mtb.) In Anbetracht der weiter gestiegenen Teuerung hat die Generaldirektion der Saargruben eine vierprozentige Lohnerhöhung für August rückwirkend verfügt.

Ein Vorschlag der polnischen Grubenbesitzer.

Lohnerhöhung gegen Kohlenpreiserhöhung.

Warschau, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) Die polnischen Grubenbesitzer gaben der Regierung gegenüber die Erklärung ab, daß sie mit einer Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter einverstanden seien, sofern die Regierung eine Erhöhung der Kohlenpreise erlaube. Am Sonnabend wird in Katowitz unter dem Vorsitz eines Vertreters des Handelsministeriums ein Schiedsgericht zur Entscheidung tagen. Es verläutet, daß die Industriellen eine Lohnerhöhung von 5 Proz. anbieten werden.

Volksabstimmung in Australien.

Ueber die Regelung von Arbeitskonflikten.

London, 4. September. (CP.) In Australien findet am heutigen Sonnabend eine allgemeine Volksabstimmung nach Art des Volksbegehrens statt. Es handelt sich hierbei um eine Abänderung der Verfassung von 1900, wonach den australischen Bundesgerichten in allen industriellen Schiedsgerichtsangelegenheiten die oberste Instanz zugesprochen wird. Zu gleicher Zeit ersucht der Premierminister um Vollmachten, um während eines Streiks lebenswichtige Betriebe aufrecht erhalten und die industriellen Organe kontrollieren zu können.

Rumänischer Gewerkschaftskongress.

Bukarest, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In diesen Tagen fand in Bukarest nach drei Jahren wieder ein Kongress der Amsterdamer Gewerkschaften statt. Der Bericht verzeichnet einen Mitgliederstand von rund 40 000 Personen, während die 1923 abgesplitterten kommunistischen Gewerkschaften nur 16 000 organisierte Arbeiter zählen. In dem Bericht wird weiter auf die ungeheuren Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen die rumänische Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen hat. Vor allem ist ein unerhörter Terror der Behörden zu überwinden und gleichzeitig ein Kampf gegen die permanente Wirtschaftskrise zu führen. Sie kommt zum Ausdruck durch starke Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Arbeiten des Kongresses waren vor allem den Fragen der Sozialpolitik und dem Problem der gewerkschaftlichen Einigung gewidmet, das für den Balkan infolge der bereits erfolgten Einigung in Griechenland und Jugoslawien besonders aktuell ist. Der Kongress vertrat die Auffassung, daß eine Einigung in Rumänien nur auf der Basis der Prinzipien des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und nur in seinem Rahmen erfolgen kann. Jede andere Lösung wurde für unannehmbar erklärt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Sport.

Westergaard-Schmidt Ringer-Weltmeister für 1926. Die Weltmeisterschaft der Schwergewichte (über 200 Pfund) im griechisch-römischen Stil wurde am Donnerstag vor dem völlig ausverkauften Schumanntheater in Frankfurt am Main ausgetragen. Aus der zahlreichen Konkurrenz zählten sich der junge Westergaard-Schmidt sowie der mehrmalige Weltmeister Hans Schwarz am besten behauptet. Beide standen nun im entscheidenden Treffen um den Titel gegenüber und erwiesen sich bald als ebenbürtig. Anfangs wurde der Kampf im Stand ausgetragen. Erst in dem dritten Gang fiel die Entscheidung. Als Schwarz einen Kopfschlag versuchte, fing ihn Westergaard ab und konnte Schwarz auf die Schultern ziehen. Dem neuen Weltmeister schmierten zahlreiche Lorbeerkränze. Westergaard-Schmidt wurde Weltmeister für 1926 mit 16 Siegen. Hans Schwarz mit 14 Siegen und einer Niederlage Zweiter; Steuers-Beigien 8 Siege zwei Niederlagen Dritter und der Russe Romanoff mit 9 Siegen und drei Niederlagen Vierter.

Theater der Woche.

Vom 5. bis 13. September 1926.

Vollst. u. S. 5, 6, 8, 10, 11, 12. Der böhmische Widder. 7. A. Faust. — Oper am Opernhaus. 8. Waltherstein. 9. Salome. 7. Der kaiserliche Kellner. 8. Zuerst. 9. Carmen. 10. Bohème. 11. (neu einstudiert) Oberon. 12. Der Rosenkavalier. 13. Miller Blaubart. — Staatliches Schauspielhaus. 5. 6. 7. 8. 10. und 12. Amphitruon. 9. Feer Gant. 11. und 12. Die Räuber. — Schiller-Theater. 5. 6. 7. 8. 9. 10. und 12. Die Fahrt nach der Höhe. 11. und 12. Die Welt, in der man sich langweilt. — Erbsen-Theater. Kramel. — Theater in der Königlicher Straße: Amelal Diner. — Südbühne Oper, Charlottenburg. 5. Die Wirtin von Nürnberg. 6. 11. Die Witze und Thesen. 7. Götter. 8. 12. Liba. 9. Don Pasquale. 10. Der Troubadour. 11. Polina. — Theater des Westens: Der Zug nach dem Westen. — Die Teufel: Unterwegs. — Deutsches Künstler-Theater: Veronika. — Romulushaus: Herr von Saint-Olin. — Berliner Theater: Mit Amerika. — Residenz-Theater: Das gelbe Rob. — Theater in der Kommandantenstraße: 5. bis 9. Kation. Ab 10. Der schwarze Engel. — Lustspielhaus: Kuller. — Theater am Schiffbauerdamm: Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — Theater am Karlsruherdamm: Bis 7. Pann. 8. bis 10. Geflohen. Ab 11. Es geht schon besser. — Reich-Theater: Die Stachsel im Hummer. — Theater in der Kgl. Straße: Corcoranmüchel. — Theater im Admiralspalast: Heller-Roux. „Au und aus“. — Scala, Internationales Variété. — Wintergarten-Variété. — Deutsches Theater: Andraffus und der Welt. — Kammer-Theater: Und Wippa tanzt. — Komödie: Die Geliebten.

Nachmittagsvorstellungen. Staatliches Schauspielhaus: 5. und 12. Doppelstübchen. — Theater des Westens: 5. Der Zug nach dem Westen. — Residenz-Theater: 5. Das gelbe Rob. — Theater in der Kommandantenstraße: 12. Die jüdischen Vermandien. — Hof-Theater: 12. Der Wirth der Hanna Günther. — Theater im Admiralspalast: 5. 12. Au und aus.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: Ernst Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Vorkurs und Schulwesen: Erik Rarabdt; Anzeigen: Ed. Glöckel; sämtlich in Berlin. Berlin: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. soc. Baubetriebe

Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 6525, 6526

Filiale Westen, Wilmersdorf

Landhauser, 4. Tel.: Pfalzburg 9631

Ausstellungsräume und Lager

Alexanderstraße 39-40 (Alexander

Passage), Telefon: Königsplatz 546

Herstellung elektr. Licht-,

Kraft- und Signalanlagen. Ver-

kauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführ. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Photoapparate

Bedarfsartikel

Entwickeln - Kopieren

guf und preiswert

Photo - Spezialhaus Haller

Kottbuser Damm 98

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren

Dickmann A.-G., W 57

Wochenendhäuser - Prospekt gratis!

Wald- u. Wasserparkellen - Nachweis

Bettfedern Adolf Pohl

Dresdener Straße 13

(Fabrikgebäude)

Josephine von Pohl

Sonder-Angebot!

12 000 Meter Gardinen zu Extra-Preisen.

<p>Gardinen gewebter Tüll Meter 45 Pf.</p> <p>Gardinen Schallbreite, gewebter Tüll Meter 60 Pf.</p> <p>Halbstores Elamine mit Elinsatz Meter 95 Pf.</p> <p>Halbstores gewebter Tüll Meter 190</p> <p>Künstl.-Garnit. Elamine Meter 290</p> <p>Künstl.-Garnit. Elamine, 2 Flügel, 1 Behang Meter 290</p> <p>Beldecken 1bettig, Tüll und Elamine . . . Stück 290</p> <p>Beldecken 2bettig, gewebter Tüll . . . Stück 590</p> <p>Beldecken 2bettig, Elamine mit Elinsätzen . . . Stück 590</p>	<p>Schellen-Gardinen Elamine, Eins. n. Volant, 2 Flügel Meter 95 Pf.</p> <p>Madras-Garnitur hellygrau, 2 Flügel, 1 Behang Meter 375</p> <p>Elamine-Garnitur echte Elinsätze, 2 Flügel, 1 Behang Meter 490</p> <p>Madras-Garnitur hellygrau, 2 Flügel, 1 Behang Meter 550</p> <p>Bezugstoffe doppeltbreit . . . Meter 160</p> <p>Gobelinstoffe doppeltbreit . . . Meter 480</p>	<p>Läuferstoffe gute Qualität . . . Meter 180</p> <p>Läuferstoffe Boncic gute Qualität Meter 380</p> <p>Linoleum-Läufer ca. 67 cm breit, Meter 195</p> <p>Linoleum-Läufer ca. 90 cm breit, Meter 295</p> <p>Vorlagen bunt gemustert 190</p> <p>Vorlagen Plüsch-Qualität 490</p>	<p>Steppdecken moderne Farben, gute Füllung, 160 x 210 cm, doppeltseitig Satin, Handarbeit 1150</p> <p>Steppdecken Fantasie-Muster 140 x 210 cm 850</p> <p>Diwanddecken Gobelins-Gewebe 150 x 300 cm 1350</p> <p>Diwanddecken Fantasie-Muster 140 x 210 cm 575</p> <p>Tischdecken Gobelins-Gewebe 140 x 170 cm 775</p>
---	--	---	--

Elamine kariert, 150 cm breit . . . Meter **66 Pf.**

Wilhelm Joseph

BERLIN, Großgörschenstr. 1 Schöneberg, Hauptstr. 163

Rouleusstoffe aus Köper, 70 cm breit, weiß und creme . . . Meter **80 Pf.**